

## 3/01 Roma und Sinti (des)integriert

In dieser Ausgabe:

- Kommentar und Editorial
- Roma und Sinti in Österreich
- Die Sinti von Weyer
- „Sobald sie wissen, dass du Zigeuner bist, fangen die Probleme an“
- Roma in der Tschechischen Republik
- Das London Jewish Cultural Centre
- Der Holocaust auf den besetzten Territorien der UdSSR
- Studienfahrt Theresienstadt / Terezín und Lidice
- Telegramm

## Rechte der Roma in Österreich

Fragt man Menschen in unserem Lande nach ihrer Meinung über Roma, muß man sich oft anhören, daß sich die „Zigeuner“ doch so verhalten sollten wie alle anderen, wenn sie hier leben wollen. Kaum einer fragt nach der leidvollen Geschichte, die das Verhalten dieses Volkes geprägt hat, seit es im 9. oder 10. Jahrhundert Indien verlassen hat.

„Lustig ist das Zigeunerleben“ kommt vielen auch heute noch in den Sinn, wenn sie sich der Wohnwagen erinnern, die bis zum 2. Weltkrieg auch durch unser Land gezogen sind. Sie bedenken nicht wie hart das Leben Sommer wie Winter in der freien Natur war und nicht, daß Roma dauernde Bleibe nicht gestattet war und sie schon im Mittelalter brutal verfolgt und immer wieder verjagt wurden. Auch daß viele Tausende in der Nazizeit in KZs gefoltert und umgebracht wurden, hat wenig an der Meinung über sie geändert. Auch bei uns ist es nicht lange her, und in unseren Nachbarländern bis heute üblich, daß Roma Lokale nicht betreten dürfen und von Arbeitgebern von vornherein abgelehnt werden, nur weil sie Roma sind. In Österreich leben heute etwa 25.000 Roma. Höchstens ein Viertel davon sind autochtone Einwohner, das sind die wenigen Burgenland-Roma, Lovara und Sinti, die die Nazizeit überlebt haben und ihre Kinder. Alle anderen sind, meist als Gastarbeiter oder als Flüchtlinge, seit dem 2. Weltkrieg zugewandert. Viele von ihnen sind längst österreichische Staatsbürger, halten sich aber nicht von ungefähr selbst für „ausländische Österreicher“. Daß sie die selben Rechte haben wie jeder andere Österreicher, können sie kaum glauben. Dieselben Chancen haben sie bestimmt nicht.

Im Dezember 1993 wurden Roma als Volksgruppe anerkannt. Die Anerkennung setzt voraus, daß eine Ethnie seit mindestens drei Generationen oder 90 Jahren in Österreich ansässig ist. Die Mehrzahl der österreichischen Roma ist das nicht. Es bedurfte denn auch einiger Überzeugungsarbeit um klar zu machen, daß nach der Anerkennung auch jene Staatsbürger Mitglieder der Volksgruppe sind, die die selbe Sprache sprechen und in Österreich leben. Jetzt sind im Volksgruppen-Beirat Roma- und Sinti - Vereine, Parteien und die Kirche vertreten um den Bundeskanzler zu beraten. Die Tätigkeit der fünf Vereine wird vom Bundeskanzleramt gefördert und in Oberwart können die Kinder der Burgenland-Roma in der Schule sogar Romanes lernen. Voraussetzung für die Förderung ist, daß in den Vereinen wirklich etwas geschieht.

Auch die Kinder der Gastarbeiter, die noch keine Staatsbürgerschaft haben, gehen in die Schule, wagen aber oft nicht zuzugeben, daß sie Roma sind. Viele haben Lernschwierigkeiten. Ihre Mütter arbeiten, die Großmütter nehmen sich der Kinder an, können aber oft selbst kaum Lesen und Schreiben und halten wenig von dem, was ihren Enkeln von den Gadsche (Nichtroma) in der Schule beigebracht wird. Die LehrerInnen können mit den ganz anderen Voraussetzungen, mit denen die Kleinen Roma in die Schule kommen, schwer umgehen. Romano Centro bietet daher Vorträge in Schulen und Jugendämtern an, schildert die Geschichte der Roma und erklärt, daß und warum diese Kinder ganz anders aufwachsen als ihre Gadsche-Kollegen.

Romano Centro hat vor 4 Jahren begonnen, den Kindern zu Hause zu helfen, ihre Mitteilungshefte anzuschauen und mit den LehrerInnen Kontakt aufzunehmen. Derzeit betreuen etwa 40 Studenten 60 Romakinder in der Stadt, schließen oft Freundschaft mit der Familie und helfen, daß sich deren Noten und damit das Ansehen in der Klasse bessert. In drei Schulen arbeiten mit großem Erfolg nun auch drei Roma-Assistentinnen, die zwischen Lehrern, Eltern und Schülern vermitteln. Die Finanzierung hat bisher der Wiener Integrationsfonds übernommen. Von allen zuständigen Stellen erntet Romano Centro für diese Projekte großes Lob, die zukünftige Finanzierung ist derzeit aber völlig ungesichert. Rechte auf besondere Betreuung haben diese Kinder nicht.

Renata M. Erich, Romano Centro

## Editorial

Liebe Leserin!  
Lieber Leser!

Die vorliegende Ausgabe von GEDENKDIENTST ist diesmal der Verfolgung von Roma und Sinti im Dritten Reich gewidmet. Wir freuen uns, daß wir die beiden renommierten Zeithistoriker Florian Freund und Gerhard Baumgartner, die unter anderem auch für die österreichische Historikerkommission arbeiten, für einen Beitrag für diese Ausgabe gewinnen konnten. Ein Bericht über das ehemalige ‚Zigeunerlager‘

Weyer (Oberösterreich) über das der Schriftsteller Ludwig Laher in seinem Buch „Herzfleischentartung“ geschrieben hat, ergänzt diesen Teil. Seit mittlerweile 10 Jahren sind die 25.000 Roma und Sinti, die in Österreich leben, als eigene Volksgruppe anerkannt. Der richtige Zeitpunkt, eine Bilanz über diese Zeit aus der Sicht einiger AktivistInnen zu ziehen. Renata Erich vom Romano Centro hat dazu einen Kommentar aus ihrer Sicht verfasst. Der Gedenkdienst-Mitarbeiter Paul Schiefer interviewte Frau Rosa Martl und Herrn Richard Kugler, vom Linzer Verein Kétani, der sich für die Rechte der Roma und Sinti in Oberösterreich einsetzt.

Der Rotstift der Regierung hat nun auch die Zivilersatzdienste im Ausland erfasst. Zwar konnte nach langen Verhandlungen mit dem vom Bundesministerium für Inneres initiierten Förderverein für Auslandsdienste endlich sichergestellt werden, dass nun alle 23 Zivilersatzdienstleistende, die heuer einen Gedenkdienst an einer der 18 internat. Holocaust-Gedenkstätten ableisten, mit einer Subvention von € 10.000 unterstützt werden. Im nächsten Jahr werden wir jedoch nur Geld für 17 Zivilersatzdienstleistende bekommen. Es fehlen uns daher € 60.000 (ATS 825.000)! Verglichen mit anderen Budgetposten ein lächerlicher Betrag, doch viel, wenn offensichtlich andere Prioritäten gesetzt werden. Wir werden nun versuchen, andere Finanzmittel für die wichtige und von allen Seiten hochgeschätzte Arbeit unserer Freiwilligen zu bekommen. Es wäre schade, wenn die 10-jährige Aufbauarbeit, die vielen internat. Kontakte und insbesondere die persönlichen Freundschaften mit den Menschen, die an den internat. Holocaust-Gedenkstätten arbeiten, auf diese Art abrupt zu Ende gehen würde. Deswegen bitten wir Sie auch um Nachsicht, wenn wir die Euro-Umstellung dafür nützen, ganz offen und ehrlich aufzurunden und Sie nun für ein Abo um € 15 und für ein Förder-Abo um € 45 bitten.

Herzlichst Ihr,  
Christian Klösch, Obmann Verein GEDENKDIENTST

PS: Gerade jetzt brauchen wir Ihre Unterstützung für unsere Arbeit. Bitte nutzen Sie den beiliegenden Zahlschein auch für Ihre Spende! Herzlichen Dank!

## Roma und Sinti in Österreich

Seit Jahrhunderten waren die Roma und Sinti Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt. Den Höhepunkt der Verfolgung bildete die NS-Zeit, als ca. 90 Prozent der in Österreich lebenden Roma und Sinti ermordet wurden.

Bereits 1938 wurden 232 Roma inhaftiert und als „Asoziale“ kategorisiert in Konzentrationslager eingewiesen. Ein Jahr später ordnete das Reichskriminal-polizeiamt die Einweisung von 3000 arbeitsfähigen burgenländischen Roma in Konzentrationslagern an. In Berlin ging man davon aus, dass die burgenländischen Roma nichts arbeiteten. Das Gegenteil war der Fall. Nach dem Anschluss hatte man den Roma ihre traditionellen Berufe, wie etwa das Musizieren in der Öffentlichkeit, verboten. Aufgrund der kriegsbedingten Rüstungskonjunktur fanden viele Roma Arbeit in Industriebetrieben, im Baugewerbe und in der Landwirtschaft. Sogar der steirische Gauleiter Uiberreither kritisierte die Folgen dieser Deportationen, unterstützte sie aber aus rassistischen Motiven: „Obwohl es sich hier um unständig beschäftigte Zigeuner handelt, die weder vorbestraft noch arbeitsscheu sind oder in anderer Weise der Allgemeinheit zur Last fallen, will ich ihre Unterbringung in Zwangsarbeitslagern aus der Erwägung heraus anordnen, daß ein Zigeuner als außerhalb der Volksgemeinschaft stehend stets sozial ist.“

Tatsächlich wurde eine Reihe von Zwangsarbeitslagern für „Zigeuner“ eingerichtet. Derartige Lager gab es in Wien, in der Steiermark in Leoben, Graz, Kobenz, Triebendorf, Unzmarkt, Zeltweg, St. Georgen ob Judenburg und St. Lambrecht bei Neuberg, in Oberösterreich in Weyer, in Salzburg in Maxglan, in Niederösterreich in Hinterberg, Perg, Karlhof in Kammern, Fischamend, und Groß-Globnitz. Bei den Verhaftungsaktionen von Arbeitsfähigen blieben nun Hunderte unversorgter Kinder und andere Angehörige zurück. Dadurch stiegen aber die Fürsorgeausgaben der Gemeinden stark an, was abermals als Begründung für die angebliche Asozialität der Roma und Sinti diente. Am 17. Oktober 1939 befahl Himmler, dass sämtliche Roma und Sinti ab sofort ihren Aufenthaltsort nicht mehr verlassen durften. Da die festgehaltenen Roma und Sinti von den Gemeinden versorgt werden mussten, forderten diese nun ihre „Abschaffung“. Das Reichssicherheitshauptamt empfahl schließlich die Einrichtung von Zigeunerlagern, wie jenes in Lackenbach.

### „Zigeunerlager Lackenbach“

Das Zigeunerlager Lackenbach wurde am 23. November 1940 in einem ehemaligen Gutshof eingerichtet. Die Lagerleitung unterstand der Kriminalpolizeileitstelle Wien, die Kosten des Lagers teilten sich die Landräte der Kreise Brück an der Leitha, Eisenstadt, Lilienfeld, Oberpullendorf, St. Polten und Wiener Neustadt sowie die Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien im Verhältnis der aus den Kreisen und Städten eingelieferten Zahl der Häftlinge. Die hier internierten Roma und Sinti mussten in den Ställen und Scheunen des ehemaligen Gutshofes unter primitivsten Bedingungen leben und Zwangsarbeit leisten. Die Löhne wurden an die Lagerleitung überwiesen, die Roma bekamen nur ein geringfügiges Taschengeld von 5 bis 10 Reichsmark pro Monat. Bei geringsten Verstößen gegen die Lagerordnung wurden sie grausamst bestraft. Prügelstrafen, Appellstehen und Essensentzug prägten den Alltag im Lager. Die katastrophalen Lebensbedingungen führten 1942 zum Ausbruch einer Fleckfieberepidemie, der zahlreiche Roma zum Opfer fielen.

Die Zahl der in Lackenbach Inhaftierten schwankte normalerweise zwischen 200 und 900, ein Drittel davon waren Kinder. Am 1. November 1941 erreichte die Zahl der Inhaftierten den Höchststand von 2335 Personen. Von den insgesamt rund 4000 im Lager Lackenbach internierten Roma und Sinti wurden im Herbst 1941 2000 in das Ghetto in Lodz / Litzmannstadt und von dort später ins Vernichtungslager nach Chelmno / Kulmhof deportiert. Nur wenige hundert Roma und Sinti erlebten die Befreiung des Lagers Lackenbach durch sowjetische Truppen im April 1945. Insgesamt kamen im Lager Lackenbach zwischen 1940 und 1945 237 Personen ums Leben.

Mit Erlass vom 1. Oktober 1941 ordnete Himmler die Deportation von 5000 zumeist österreichischen Roma und Sinti in das Ghetto in Lodz / Litzmannstadt an. In der Regel wurden ganze Familien deportiert. Von den 5007 nach Lodz / Litzmannstadt deportierten „Zigeunern“ waren nach Einschätzung der Deutschen Ghettoverwaltung insgesamt nur 1925 arbeitsfähig. Neben den 2318 Erwachsenen befanden sich in den fünf Transporten auch 2689 Kinder, die mehr als die Hälfte der Deportierten ausmachten. Von den 5007 ins Zigeunerlager in Lodz / Litzmannstadt deportierten Roma und Sinti starben 613 Personen

bereits in den ersten Wochen nach der Ankunft, die meisten wahrscheinlich an einer Fleckfieberepidemie. Alle noch lebenden Roma und Sinti wurden im Dezember 1941 oder Jänner 1942 ins Vernichtungslager Chelmno / Kulmhof überstellt und vergast. Niemand überlebte.

Am 26. Jänner 1943 erging der Befehl Himmlers zur Deportation der österreichischen Roma und Sinti nach Auschwitz-Birkenau. Auch die Lokalbehörden in den damaligen Gauen Steiermark und in Niederdonau drängten auf die Deportation der noch in österreichischen Lagern inhaftierten Roma und Sinti. Von den Deportationen wurden nicht nur „reinrassige“ Roma und Sinti erfasst, sondern auch „Mischlinge“ und sogenannte „Zigeunerische Personen“. Einzelne burgenländische Roma-Mischlinge, die ihren Wehrdienst an der Front versahen, wurden auf Heimaturlaub beordert, dort verhaftet und ebenfalls deportiert. Anfang April 1943 wurden ca. 2700 österreichische Roma und Sinti in Güterwaggons nach Auschwitz-Birkenau gebracht, wo sie unter schrecklichen Umständen in einem eigens abgegrenzten Bereich, dem „Zigeunerfamilienlager“, leben mussten.

Im Hauptbuch des Zigeunerlagers Auschwitz-Birkenau wurden 10849 weibliche sowie 10094 männliche Häftlinge registriert. Zu fast zwei Drittel stammten die dort internierten Roma und Sinti aus Deutschland und Österreich, über 20 Prozent aus Böhmen und Mähren und knapp über sechs Prozent aus Polen. Täglich starben kranke und entkräftete Häftlinge; immer wieder wurde eine größere Anzahl von Kranken vergast, darunter am 12. Mai 1943 auch österreichische Roma und Sinti. Bis Ende 1943 starben 70 Prozent der Häftlinge des Zigeunerlagers. Ende Juli 1944 wurden alle Insassen des Zigeunerlagers Auschwitz-Birkenau, die als noch arbeitsfähig angesehen wurden, in verschiedene andere Konzentrationslager verlegt und als Zwangsarbeiter in Industriebetrieben eingesetzt. Am 2. August 1944 umstellte die SS das Zigeunerlager, und in der Nacht auf den 3. August wurden alle noch im Zigeunerlager lebenden Häftlinge in den Gaskammern ermordet.

### „Wiedergutmachung“

Nach der Befreiung 1945 war die Diskriminierung der Roma und Sinti in Österreich noch keineswegs zu Ende. Von den 130 Romasiedlungen im Burgenland, meist am Rande der Dörfer gelegen, in denen jeweils zwischen 30 und 300 Personen gelebt hatten, war in der Regel nichts geblieben. Die Überlebenden konnten nach 1945 kaum Ansprüche auf Entschädigung für ihre zerstörten Häuser auf Gemeindegrund geltend machen, da sie aufgrund der fehlenden grundbücherlichen Eintragung nicht nachweisen konnten, jemals ein Haus besessen zu haben. Auch durch das Opferfürsorgegesetz waren die Roma und Sinti vor allem dadurch schwer benachteiligt, daß die Haft in Lackenbach nicht als KZ-Haft anerkannt wurde und wird. Erst 1988 erhielten die Überlebenden der „Zigeunerlager“ bei mindestens halbjähriger Inhaftierung das Recht auf eine Amtsbescheinigung und damit auf eine Opferfürsorgerente. Voraussetzung für eine Opferfürsorgerente war seit jeher, daß die Bezieher bedürftig, nicht vorbestraft und in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert waren. Viele Roma und Sinti waren in der Zwischenkriegszeit und zum Teil auch nach 1945 aufgrund diskriminierender Gesetze, zum Beispiel wegen „Vagabundage“, vorbestraft. Oder sie waren unter der Vorwand der „Asozialität“ in die KZs eingeliefert worden. Sie hatten daher keinen Anspruch auf eine Amtsbescheinigung und konnten damit keine Opferfürsorgerente beanspruchen. Für viele war auch der Nachweis der Minderung der Erwerbsfähigkeit ein unüberwindliches Hindernis, da sich häufig - teilweise selbst in die NS-Vergangenheit verstrickte - Amtsärzte weigerten, den Roma und Sinti eine Minderung ihrer Erwerbsfähigkeit zu bestätigen. Wenn die gesundheitliche Schädigung unübersehbar war, wurde oft jeglicher Zusammenhang mit der erlittenen Haft im Konzentrationslager oder mit geleisteter Zwangsarbeit bestritten.

### Politische Vertretung

Vertretung Wie viele Roma und Sinti heute in Österreich leben lässt sich nur schätzen, da in der Zweiten Republik über die Zugehörigkeit zu Volksgruppen keine Sonderlisten mehr geführt werden, wie dies in der Zwischenkriegszeit noch der Fall war. Die Sprache der Roma und Sinti, das Romanes, ist eine indogermanische Sprache des indischen Sprachzweiges. Bei der Volkszählung 1991 gaben im Burgenland

95 Personen auch Romanes als Umgangssprache an, österreichweit waren es 122. Die Tatsache, daß aber viele Angehörige der Minderheit nicht unbedingt diese Minderheitensprache verwenden, oder sich nicht zu ihr bekennen, verzerrt die Brauchbarkeit dieser Angaben. Schätzungen von Vereinen und Vertretern der Minderheit schwanken zwischen rund 10.000 und 40.000 Romanes-Sprechern, unter ihnen viele, die als „Gastarbeiter“ in den 60er und 70er Jahren neu zugewandert waren.

Im Juni 1989 wurde der erste Roma-Verein in Oberwart und 1991 der Kulturverein österreichischer Roma in Wien gegründet. Diese und weitere neu entstehende Vereine wie z.B. Romano Centro in Wien zeigten das neu entstehende Selbstbewußtsein der Minderheit und betrieben erfolgreich die Anerkennung der Roma als Volksgruppe. Am 15. Oktober 1992 wurde der 4-Parteien-Entschließungsantrag betreffend die Anerkennung der Roma und Sinti als österreichische Volksgruppe von den Abgeordneten aller Parlamentsfraktionen einstimmig angenommen. Mit dem einstimmigen Beschluß im Hauptausschuß des Nationalrates vom 16.12.1993 wurden die österreichischen Roma und Sinti-gruppen als „Volksgruppe der Roma“ (Roma als Oberbegriff für die verschiedenen in Österreich lebenden autochthonen Untergruppen) anerkannt.

Die Existenz der Volksgruppe wurde der Öffentlichkeit aber erst mit dem Attentat in Oberwart bewußt. Am 4. Februar 1995, kurz vor Mitternacht, wurden 4 Männer der Volksgruppe der Roma durch einen hinterhältigen Rohrbomben-Anschlag getötet. Es waren Söhne und Enkelkinder von Überlebenden des Holocaust. Peter Sarközi (27), Josef Simon (40) wollten zusammen mit den Brüdern Erwin Horvath (18) und Karl Horvath (22) eine Tafel entfernen, die auf der Zufahrtsstraße zur Roma-Siedlung aufgestellt war. Die Tafel mit der Inschrift „ROMA ZURÜCK NACH INDIEN“ war eine heimtückisch getarnte Rohrbombe. Das Bombenattentat von Oberwart war der erste rassistisch motivierte Mord in Österreich seit 1945.

Gerhard Baumgartner, Florian Freund,  
Mitarbeiter der Österreichischen Historikerkommission

## Die Sinti von Weyer

Über den Völkermord an einer uralten oberösterreichischen Minderheit

Seit 1765, das läßt sich der Pfarrchronik entnehmen, seit 1765 sind fast alle Mitglieder der Familie Kerndlbacher in Hochburg / Ach, einer Gemeinde im westlichen Oberösterreich, getauft worden. Erst gegen die Mitte unseres Jahrhunderts hat sich das radikal geändert. Auf dem Ortsfriedhof von Ach wird das Grab des Robert Kerndlbacher, Musiker, gestorben am 28. Februar 1938, immer noch erhalten, ein entfernter Verwandter, der alte Herr Blach aus München, läßt es sich nicht nehmen. Im doppelten Wortsinn.

Robert Kerndlbachers Grab ist das letzte erhaltene Kerndlbacher-Grab für viele Jahre, obwohl Dutzende Mitglieder der Familie in den folgenden Jahren verstorben sind, genauer gesagt: ermordet wurden. Denn die Kerndlbachers, weithin angesehene Pferdehändler, sind Teil jener autochthonen oberösterreichischen Sintiminderheit, die zum allergrößten Teil in Litzmannstadt (heute wieder Lodz) im Zigeunerghetto Hunger und Durst, Flecktyphus und Gas (50 Kilometer vor der Stadt in Kulmhof, Chelmo) zum Opfer gefallen ist. Zurückgekehrt ist niemand.

Überlebt haben einzelne Sinti, die untertauchen konnten, manche, die außerhalb Oberösterreichs verhaftet wurden und nicht ins Lager Weyer kamen, dafür nach Ravensbrück oder Auschwitz.

Das Lager Weyer im Innviertel: Nach der überstürzten Auffassung eines Arbeitserziehungslagers am selben Ort (mißliebige Bürger genossen dort sadistisches SA-Wachpersonal und nicht selten Erziehung zum Tod) wegen einer Anzeige des Lagerarztes Ende 1940 und intensiver staatsanwaltlicher Ermittlungen richtete der Reichsgau Oberdonau jenes Zigeuneranhaltelager ein, aus dem es im Prinzip nur zwei Ausgänge gab: den einen in die Reichsbahnwaggons nach Lackenbach im Burgenland und drei Tage später nach Lodz (November 1941) oder den anderen in die Gerätekammer des Totengräbers von Haigermoos unter der Apsis der Pfarrkirche, wo die toten Zigeuner zwischen Gießkannen und Spaten abgelegt wurden, bis sie irgendwo unauffällig verscharrt wurden.

In Weyer selbst vegetierten hunderte Menschen auf engstem Raum, und obwohl sich die Zustände nicht mit jenen des vorherigen Arbeitserziehungslagers mit seinen systematischen Tötungen und Folterungen vergleichen lassen, starben wieder Menschen. Allein die Tatsache, daß sich in verschiedenen Quellen zum Teil verschiedene Todesursachen für dieselben Personen finden, legt nahe, daß es Gründe zum Vertuschen gab. Die Arbeitsleistung der Sinti bei der Entsumpfung des Ibmer Moores wurde vom Wasserwirtschaftsamt Braunau kollektiv abgegolten und vom Reichsgau Oberdonau als fünfstellige Reichsmarkeneinnahme im Haushaltsplan verbucht. Ansprüche auf vorenthaltenen Lohn konnte niemand mehr stellen.

Stigmatisierung und Verfolgung der Sinti haben eine lange Tradition in diesem Land, völliges Unverständnis gegenüber Sitten und Gebräuchen der Zigeuner, zynische Rechtsvorschriften und parteiliche Richter trugen das ihre dazu bei, daß der Boden für die vollständige Vernichtung bereitet war. All diese Versatzstücke finden sich in der frühen Zweiten Republik wieder, wenn etwa der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit schon 1948 vor dem wieder zunehmenden Zigeunerunwesen warnt und darauf verweist, daß sich die Zigeuner jetzt gern als ehemalige KZ-ler ausgeben würden, um Mitleid zu erregen. Er schlägt für Nichtstaatsbürger Österreichs die sofortige Außerlandschaffung lästiger (sic!) Zigeuner vor. Daß die Nazis den Sinti die Staatsbürgerschaft entzogen hatten, fügte sich ausgesprochen gut, und so mußte etwa Rosa Kerndlbacher, geboren in Königswiesen im Mühlviertel, in der Steiermark 1939 festgesetzt, über das Lager Maxglan in Salzburg nach Ravensbrück verbracht, als einziges von zwölf Geschwistern lebendig zurückgekommen, bis 1988 warten, ehe die Republik sich bequemte, auch den Roma und Sinti zuzugestehen, Opfer der NS-Gewaltherrschaft gewesen zu sein. 1991 erhielt die alte Dame dann endlich die Staatsbürgerschaft (und eine kleine Opferrente), nicht ohne ihren Namen aufgeben zu müssen. Denn standesamtliche Heiratsdokumente ihrer ermordeten Eltern waren nicht aufzutreiben, also mußte sie den Mädchennamen der Mutter annehmen, Vurschrift ist Vurschrift.

1954 erklärte die Bundespolizeidirektion Linz auf Nachfrage, das Lager Weyer habe ganze sechs (!) Wochen bestanden; und irgendwann um diese Zeit machte sich auch der Bezirksrichter von Wildshut, zu dessen Gerichtsbezirk der Weiler Weyer gehört, daran, den ermordeten Kindern, die, weil ledig geboren, formell dem Gericht unterstanden, sobald sie ins Lager eingeliefert waren, im Pflugschäftsakt die Großjährigkeit zuzubilligen, obwohl, wie bei der damals neunjährigen Amalia Blach, der letzte Aktenvorgang auf den fernen Frühsommer 1941 zurückging.

Das Zigeuneranhaltelager Weyer samt Folgen war 60 Jahre kein Thema, ein einziger kleiner Aufsatz eines Historikers ohne brauchbare Daten und Fakten sowie ein paar kurze Erwähnungen im Band Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934 –1945 des DÖW waren alles, was sich dazu ansammelte. Niemand wurde je für die schrecklichen Ereignisse belangt, und erst meine Recherchen bewegten die Gemeinde St. Pantaleon, zu der Weyer und Haigermoos damals gehörten, eine Erinnerungsstätte für die Opfer des Terrors von Weyer zu schaffen.

Für den ORF gestaltete ich schließlich einen TV-Essay zum Thema, und mein Roman Herzfleischartung hat den Geschehnissen 2001 endgültig weit über Österreichs Grenzen hinaus große Publizität eingetragen. Vor kurzem hat nun der Landeshauptmann von Oberösterreich, Josef Pühringer, das Oberösterreichische Landesarchiv beauftragt, das Schicksal der oberösterreichischen Sinti zu erforschen. Und jener rührige Sintiverein in Linz, Kétani (=Miteinander auf Romanês) heißt er, wird, so steht zu hoffen, vom Land in Zukunft etwas mehr unterstützt werden, wie es der moralischen Verantwortung entspricht.

Ludwig Laherfreier, Schriftsteller

### Literatur:

**Bastian, Till:** Sinti und Roma im Dritten Reich. Geschichte einer Verfolgung, München 2001. Gedenkbuch die Sinti und Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, München.

**Gesellmann, Georg:** Die Zigeuner im Burgenland in der Zwischenkriegszeit. 1989.

**Rieger, Barbara:** "Zigeunerleben" in Salzburg 1930 -1943. Die regionale Zigeunerverfolgung als Vorstufe zur planmäßigen Vernichtung in Auschwitz, 1990.

**Rieger, Barbara:** Roma und Sinti in Österreich nach 1945. Dipl. Wien, 1997.

**Rose, Romani:** Sinti und Roma im "Dritten Reich". Das Programm der Vernichtung durch Arbeit, Göttingen 1991.

**Stojka, Ceija:** Wir leben im Verborgenen. Erinnerungen einer Rom-Zigeunerin, Wien 1995.

**Stojka, Karl:** Ein Kind in Birkenau, Wien 1990.

**Stojka, Mongo:** Papierene Kinder. Glück, Zerstörung und Neubeginn einer Roma-Familie in Österreich, Wien 2000.

**Turner, Erika:** Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich, Wien 1983.

## **„Sobald sie wissen, dass du Zigeuner bist, fangen die Probleme an“**

Der Verein Kétani kämpft für die Rechte von Sinti und Roma in Oberösterreich

Der Verein Kétani (Auf Deutsch: „Zusammen“) setzt sich seit vier Jahren für die Rechte von Sinti und Roma in Oberösterreich und in Westösterreich ein. Gegründet wurde er von den Geschwistern Rosa Martl und Richard Kugler, beide Sinti aus Linz.

Die Idee zur Gründung des Vereins hatte Rosa Martl. 16 Jahre lang hat sie für die Rechte ihrer Mutter, Rosa Winter gekämpft. Rosa Winter wird als Sinti 1939 von den Nationalsozialisten verhaftet und schließlich in das KZ Ravensbrück verschleppt. Nach dem Krieg erhält sie keinerlei Entschädigung. 1975 beginnt ihre Tochter für sie einen langen Kampf mit den Behörden. Erst 1991 erhält Rosa Winter die österreichische Staatsbürgerschaft, 45.000 Schilling Haftentschädigung für 6 Jahre Internierungslager und KZ-Haft, 70.000 Schilling Wiedergutmachung vom Österreichischen Nationalfonds und seither auch eine kleine Rente.

Durch den Erfolg ermutigt, gründet Rosa Martl den Verein „Kétani“, um auch anderen Sinti und Roma mit einem ähnlichen Schicksal zu helfen. Der Verein wird als „Kulturverein“ vom Bundeskanzleramt und vom Land Oberösterreich gefördert.

**GEDENKDIENTST: Frau Martl, mit welchen Problemen hatten sie in den 16 Jahren zu kämpfen, in denen sie sich für die Entschädigung ihrer Mutter eingesetzt haben?**

Meine Mutter hat als staatenlos gegolten, obwohl ihre Eltern hier geboren waren und ihre Familie seit 1765 das Heimatrecht in Österreich hatte.

Außerdem hatte sie nach dem Krieg einige Vorstrafen und das hat schon genügt, um ihr die Staatsbürgerschaft nicht zu geben, und damit auch nicht die Anerkennung als Opfer des NS-Regimes. Unzählige Schreiben haben nichts genützt.

**GEDENKDIENTST: War das aus ihrer Sicht eine bewusste Verzögerungstaktik der Regierung?**

Ja. Man hat ja auch Opfern, die vor 1938 wegen Kleinigkeiten vorbestraft waren keine Entschädigung gegeben. Die Begründung war, daß sie ohnehin mit Recht in den Lagern gewesen seien.

Auch den KZ-Verbänden muß man in dieser Sache einen Vorwurf machen. Die haben nach dem Krieg überhaupt nichts für die Sinti und Roma getan. Sie haben sich damit gerechtfertigt, daß die Leute ja nicht zu ihnen gekommen seien, obwohl sie gewusst haben, daß die meisten Sinti und Roma aus dieser Generation nicht schreiben und lesen können.

**GEDENKDIENTST: Kann den Leuten mit dem Verein „Kétani“ beim Kampf mit den Behörden jetzt eher geholfen werden?**

Ja, sicher. Es steht jetzt jemand hinter ihren Anliegen. Wir haben einfach leichter Zugang zu den Behörden und Ämtern.

Es geht alles etwas schneller. Auch deswegen, weil sich in den letzten Jahren international bei der Entschädigung für NS-Opfer einiges getan hat. Aber es warten immer noch etwa 230 Vereinsmitglieder auf eine Entschädigung, alle von ihnen sind zwischen 70 und 80.

**GEDENKDIENTST: Roma und Sinti werden bei der österreichischen Einigung auf die Entschädigung für NS-Opfer mitberücksichtigt. Sind sie mit dieser Regelung zufrieden?**

Es bleibt uns nichts anderes übrig. Die Alternative wäre, daß wir unsere Ansprüche mit einem eigenen Anwalt einklagen, aber sie wissen, wie lange das dauert. Das würde sich so lange hinziehen, bis überhaupt kein Opfer mehr lebt.

**GEDENKDIENTST: Mit welchen Problemen kommen die Leute sonst noch zu ihnen?**

Manche brauchen einen Hilfflorenzschuß, weil es ihnen gesundheitlich schon sehr schlecht geht. Andere kommen zu uns, weil sie selbst oder ihre Kinder ständig in der Schule diskriminiert werden. Wir versuchen zu vermitteln. Wir haben Häftlinge, die um einen Besuch bitten. Ein Häftling aus Ex-Jugoslawien sitzt schon seit 6 Jahren im Gefängnis, und hat noch nie Besuch von seiner Familie bekommen.

Dann machen wir Campingplatzbetreuung. Das heißt, wenn's Probleme gibt, vermitteln wir zwischen der Gemeinde und den fahrenden Sinti und Roma. Aber wir können uns natürlich nur minimal engagieren, weil wir weder Zeit noch Personal haben.

Außerdem kümmern wir uns um kulturelle Projekte. Zum Beispiel haben wir eine Filmreihe über Frauen im Widerstand gegen das NS-Regime in Linz gezeigt. Danach haben wir die Ausstellung „Wege nach Ravensbrück“ nach Linz gebracht. Derzeit planen wir eine große Sinto-Ausstellung, die nächstes Jahr starten soll.

**GEDENKDIENTST: Wie viele Mitarbeiter hat der Verein Kétani?**

*Richard Kugler:* Wir sind zu zweit, wobei ich ehrenamtlicher Obmann bin. Meine Schwester, Rosa Martl, sollte zwar einen Lohn von 14.000 öS im Monat bekommen. Allerdings verzögern sich die Zahlungen vom Bundeskanzleramt immer wieder. Im Frühling mussten wir 5 Monate warten, bis das Geld überwiesen wurde. Der oberösterreichische Landeshauptmann Pühringer hat uns jetzt zugesichert, sich für pünktliche Zahlungen einzusetzen.

**GEDENKDIENTST: Hat sich seit der neuen Regierung die Zahlungsmoral verschlechtert?**

Nein, das nicht. Aber die Situation hat sich auch nicht verbessert. Die Arbeit wird immer mehr, und wir bräuchten mindestens einen weiteren Mitarbeiter. Die zu erledigende Post häuft sich.

**GEDENKDIENTST: Sie haben die Diskriminierung in der Schule angesprochen. Mit welchen Problemen sind sie konfrontiert?**

*Rosa Martl:* Ich hab' das Gefühl, sobald die Lehrer wissen, dass ein Kind ein Rom oder ein Sinto ist, fangen die Probleme an. Entweder mit Mitschülern, oder mit den Lehrern selbst. Unser Obmann hat selbst Probleme gehabt.

*Richard Kugler:* Ein Problem ist, das wir einfach ein anderes Volk sind. Ein Sinto-Kind wird sich nie so einfügen können, wie ein anderes Kind. Das hat ein anderes Blut, und ist das lange Sitzen nicht gewohnt. Mein Sohn streitet jeden Tag mit der Lehrerin. Die Situation wird langsam besser, weil immer mehr Sinti und Roma sesshaft werden. Früher, wie noch die meisten in Wohnwägen gehaust haben, und die Kinder von dort in die Schule geschickt worden sind, hat das natürlich noch viel weniger funktioniert. Die Vorurteile gegenüber Zigeunern sind allerdings noch immer da. Es gesteht sich keiner mehr ein, und es redet keiner mehr drüber. Aber wie's in den Leuten ausschaut ist ein Wahnsinn. Und es gibt in den Schulen noch immer genug Nazis. Ich hab sogar dem Direktor der Schule meines Kindes ins Gesicht gesagt, dass er in meinen Augen ein Nazi ist.

**GEDENKDIENTST: Wie verhalten sich die Behörden, wie der Landesschulrat?**

*Richard Kugler:* Ich hab' einen Vorfall zur Anzeige gebracht. Als ein Türkenkind meiner Tochter auf den Kopf geschlagen hat und sie beschimpft hat mit „Du Scheiß-Zigeunerin!“ ist es mir zu viel geworden. Das Unterrichtsministerium und der Landesschulrat haben das ganze untersucht. Vor der Kommission haben die Lehrer behauptet, sie hätten nichts gesehen. Mitten in der Schule. Schließlich ist das ganze im Sand verlaufen. Privat klagen wollte ich dann nicht, obwohl man das tun sollte.

**GEDENKDIENTST: Fühlen Sie sich auch in anderen Lebensbereichen als Sinto diskriminiert?**

*Richard Kugler:* Probleme gibt's nur dann, wenn jemand weiß, daß ich Zigeuner bin. Wenn sie's nicht wissen, dann glauben sie, du bist ein Jugoslawe oder ein Türke. Wenn Du mit ihnen dann in der Mundart

redest, fragen sie dich: Bist Du schon lange in Österreich? Und ich sage: Ja, schon seit meiner Geburt, ich bin ein Zigeuner. Dann gibst's lange Gesichter.

Das Problem ist, daß die Vorurteile durch den Nationalsozialismus in die Leute hineingetrichtert worden sind, und daß immernoch in den Leuten drinnen hängt. Schwarze Schafe gibt es natürlich überall. Das traurige ist, wenn bei den Zigeunern einer ein schwarzes Schaf ist, wird die ganze Sippe angekreidet. Wenn bei den Gadjis (Nicht-Zigeuner, Anm.) einer ein schwarzes Schaf ist, wird er ausgesondert und die Sippe bleibt rein. Das ist das Verbrechen daran.

**GEDENKDIENTST: Was müsste aus ihrer Sicht noch für die Rechte der Sinti und Roma getan werden?**

*Rosa Martl:* Eine Forderung ist, daß der Haus-zu-Haus Handel in Österreich legalisiert wird. In Deutschland ist das bereits legalisiert. Dort zahlen die Sinti etwa 1.000 Mark Steuern im Vierteljahr und dürfen dafür Haus-zu-Haus Handel betreiben. Auch das Marktfahrer-gewerbe müsste leichter zu bekommen sein.

**GEDENKDIENTST: Gibt es nicht ohnehin nur mehr wenige Sinti und Roma, die diesen Haus-zu-Haus Handel betreiben?**

*Rosa Martl:* Ja, weil es eben kriminalisiert wird. Aber es wäre doch besser, jemanden, der die Tendenz zum Handel hat, das auf legaler Basis zu ermöglichen. Wenn die Roma und Sinti in der warmen Jahreszeit auf die Reise gehen, handeln viele mit Antiquitäten, andere mit Schmuck oder Edelsteinen. Es gibt auch gute Musikinstrument-Händler. Allerdings haben die meisten keinen Gewerbeschein. Sie dürften ihren Beruf gar nicht ausüben. Für Roma und Sinti müsste es daher gesetzliche Ausnahmen geben, damit sie auch ohne Gewerbeschein handeln können.

**GEDENKDIENTST: Welche Zukunft sehen sie für Roma und Sinti in anderen Bereichen?**

*Rosa Martl:* Auf jeden Fall sollten die Musikbegabten gefördert werden, dann auch andere Arten von Handel, wie der Auto- oder Pferdehandel.

*Richard Kugler:* Natürlich darf man nicht vergessen, dass es bereits viele Roma und Sinti gibt, die Matura haben und sogar studieren. Rosas Tochter will zum Beispiel Juristin werden. Aber es gibt nach wie vor Sinti Familien, die von Mai bis November in Österreich auf die Reise gehen. Und das wird es auch immer geben, auch wenn sich immer mehr Roma und Sinti anpassen. Auch ich kann mit meiner Baufirma nicht weg, aber ich werde meine Firma sicher irgendwann an den Nagel hängen. Irgendwann werde ich von diesem Leben genug haben. Ich will nicht eingesperrt sein. Der Zigeuner sagt: Ich will nicht der Knecht meines eigenen Geldes sein. Ich will mir's dann verdienen, wenn ich will.

Paul Schiefer, Journalist und GD-Mitarbeiter

## Roma und Sinti

Roma und Sinti sprechen Romanès, eine indogermanische Sprache mit vielen verschiedenen Dialekten, in denen auch Lehnwörter – zB. aus dem Deutschen und Ungarischen vorkommen. 'Rom' bedeutet Mensch oder Mann, 'Sinto' hat seinen Ursprung vermutlich in der indischen Provinz Sind oder dem Fluss Sindhu (Indus). In Deutschland lebt das Volk ursprünglich unter dem Namen Sinti, in Ost- und Südosteuropa als Roma.

Die Volksgruppe der Roma und Sinti stammt aus der indischen Region Punjab. Im 9. und 10. Jhd. verschleppen die Araber bei ihren Feldzügen die Bewohner, um sie als Soldaten ins Feld zu schicken. Später werden sie im Iran, in der Türkei und am Balkan als Sklaven verkauft. Im 14. und 15. Jhd. flüchten viele von ihnen nach Westeuropa. 1389 werden Roma auf dem Gebiet des heutigen Burgenlandes erstmals urkundlich erwähnt. Die ersten Sinti kommen im 19. Jhd. nach Österreich. Ab dem 16. Jhd. werden die Sinti und Roma in ganz Europa verfolgt, zahlreiche „Zigeuner“-feindliche Gesetze werden erlassen. Im Burgenland verfügt Kaiser Karl VI., daß alle männlichen Roma hinzurichten und Frauen und Kindern ein Ohr abzuschneiden sei.

Die Verfolgung der Roma und Sinti hat ihren Höhepunkt im Nationalsozialismus. Sie werden zuerst in Sammellager geschickt (in Österreich Lackenbach bei Oberpullendorf), und später in KZs und Vernichtungslagern erschossen, vergast, oder durch Essensentzug und Zwangsarbeit umgebracht. Bis zum Ende des 2. Weltkriegs werden etwa 500.000 Roma und Sinti aus 11 Ländern ermordet. 75% der österreichischen Roma und Sinti sind dem Holocaust zum Opfer gefallen. Heute leben etwa 25.000 Roma und Sinti in Österreich. Weltweit sind es etwa 12 Mio., davon ein Großteil in Rumänien und am Balkan.

(ps)

## Roma in der Tschechischen Republik

Mit der „Samtenen Revolution“ 1989 kam es in Tschechien zu weitreichenden Veränderungen in allen Lebensbereichen; für eine Gruppe änderte sich allerdings nicht vieles zum Besseren für die an die 300.000 hier lebenden Roma. Seit ihrem Erscheinen in den tschechischen Ländern im 15. Jhd. war diese Volksgruppe ständig Diskriminierung, Rassismus und Verfolgung bis hin zur Ermordung ausgesetzt. Bereits unter Leopold I. aus den habsburgischen Ländern vertrieben, verfolgte später Maria Theresia eine harte Assimilationspolitik. Auch in der eigentlich liberalen ersten tschechischen Republik hörte die Diskriminierung nicht auf. Während des Zweiten Weltkrieges schließlich wurden die tschechischen Roma wie alle anderen Roma und Sinti im nazideutschen Einflussgebiet zunächst in Lager gesteckt. Im damaligen Protektorat Böhmen und Mähren wurde in Lety bei Prag ein solches Konzentrationslager eingerichtet, von wo aus die Insassen 1943 nach Auschwitz zur Ermordung deportiert wurden. Unter dem kommunistischen Regime wurden Roma zwangsangesiedelt, die Frauen – oft ohne ihr Wissen oder für Geld – sterilisiert und viele Kinder den Eltern zwecks „besserer Erziehung“ weggenommen.

Nach 1989 erlangte die Gruppe der tschechischen Roma den Status einer nationalen Minderheit mit den dementsprechenden Rechten. Es entstanden Vereine und Organisationen, und nach den ersten freien Wahlen zogen elf Abgeordnete der Roma ins Parlament. Diese neuen Bewegungen und Vereine – die bedeutendsten sind der Demokratische Verband der Roma, die Roma-Bürgerinitiative und die Bürgervereinigung für Kultur und Presse der Roma – zeigen allerdings keine feste Organisationsstruktur, sondern sind auf Sippenverbänden aufgebaut; dadurch kommt es auch zu keinem nennenswerten Einfluss auf die Roma-Kommunität als Ganzes und in Folge zu keiner wirkungsvollen Vertretung der Forderungen und Interessen der Roma als nationale Minderheit. Dazu gesellt sich die Unfähigkeit bzw. die Unlust regionaler und nationaler Behörden, die Anliegen der Roma-Minderheit ausreichend zu vertreten. Aus diesen Gründen zählt die Volksgruppe der Roma nach wie vor zur gesellschaftlichen und sozialen Randgruppe. Die Schulbildung ist katastrophal - unter Roma-Kindern liegt die Analphabetenrate um die 80% -, die Arbeitslosigkeit beträgt bis zu 75%, in manchen Gebieten über 95%, und die Wohnsituation kann als desaströs bezeichnet werden. So ist es verständlich, daß viele Roma-Familien ihr Glück anderswo in Europa suchen. Immer wieder kommt es zu Emigrationsströmen, die verursachen, daß Länder wie Kanada erst vor kurzem eine Visapflicht für Tschechen einführten oder England am Prager Flughafen eigene Beamte einsetzte, die auswanderungswillige Roma von tschechischen Touristen oder Geschäftsreisenden „aussieben“ und ihnen die Einreise nach England verweigern sollten. Aufgrund

zahlreicher nationaler und internationaler Proteste, und weil die Zahl der Asylbewerber wieder zurückging, wurde diese Regelung - allerdings nur auf Zeit - im Oktober dieses Jahres eingestellt.

Schikane dieser Art finden sich in den letzten Jahren häufig; internationale Schlagzeilen machte vor allem die „Roma-Mauer“ in Ústí nad Labem (Aussig an der Elbe); einer Industriestadt in Nordböhmen mit einem relativ hohen Anteil an Roma. Dort, in der Maticni-Straße, entschloss sich im August 1999 die örtliche Stadtverwaltung zum Bau einer Mauer zwischen Häusern tschechischer Einwohner und einem Roma-Siedlungsblock. Das Rathaus behauptete, dass diese Mauer – ein Gebilde aus bunten Keramik-Ziegeln mit offenen Zwischenräumen – die Anrainer vor „Lärm und Schmutz“ (!) im Areal der Roma-Siedlung schützen solle. Nach drei Monaten wurde die Mauer wegen heftiger Proteste nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen schließlich wieder abgetragen.

Bezüglich der Diskriminierung von Roma in Tschechien wurde im Oktober ein Bericht des Open Society Institut (IOS) in Brüssel veröffentlicht, in dem es heißt, daß die Tschechische Republik zwar die Existenz von Diskriminierung gegen die Roma-Minderheit nicht abstreite und ein effizientes Programm zu Verbesserungen in diesem Bereich in Angriff genommen habe, sich die Gesamtsituation aber nicht verbessert habe, da die Tschechische Republik „keinen adäquaten rechtlichen Rahmen zur Erfassung der Diskriminierung hat. Dort wo Vorschriften existieren werden sie nicht ausreichend angewendet oder erzwungen.“ Die Gerichte bewerten Gewalt gegen Roma nur ungern als rassistisch, und Angehörige der Roma-Nationalität erleben im Fall eines diskriminierenden Vorgehens von Seiten der Ämter nur selten Gerechtigkeit.

Doch es bleibt nicht nur bei Diskriminierungen; auch tätliche Angriffe auf Roma-Angehörige werden immer größerer Problem. Trotz der vorjährigen Regierungskampagne unter dem Stichwort Toleranz häuften sich rassistische Übergriffe. Fast jeden Tag liest man in einer tschechischen Zeitung von Angriffen rechtsextremer Gruppen auf Roma, und seit der Wende 1989 vergeht kaum ein Jahr, in dem nicht zumindest ein rassistisch motivierter Mord oder Totschlag an Roma begangen wird. Der letzte liegt erst einige Monate zurück, als im Juli 2001 in Svitavy ein Rom von einem Skinhead erschlagen wurde. In einigen Städten entdeckt man bereits Selbstverteidigungsgruppen von Roma auf den Straßen, sogenannte Bürgerwachen, z.B. im mährischen Ostrava (Ostrau), wo sich eine solche nach einem Skinhead-Angriff auf einige Roma gebildet hat.

Immer wieder kommt es aufgrund solcher Ereignisse wie Diskriminierung oder rassistisch motivierten Übergriffen zu Aufschreien internationaler Organisationen;

im Juli kritisierte Amnesty International die Tschechische Republik wegen des vorhandenen Rassismus; tschechische Ämter bieten Roma-Angehörigen „keinen ausreichenden Schutz“, und die Polizei nehme „Anzeigen bezüglich rassistischer Angriffe nicht ernst genug“. Im August folgte eine Kritik von Seiten der UN-Kommission für Menschenrechte.

Die tschechische öffentliche Meinung zu Angehörigen der Roma-Minderheit änderte sich in den letzten Jahren kaum. Im Juni wurde eine Studie des tschechischen Zentrums für empirische Forschung (STEM) veröffentlicht, die die Beziehung der tschechischen Gesellschaft zu Minderheiten untersuchen sollte. Auf die Frage: „Wie würden Sie es hinnehmen, wenn Sie als Nachbarn einen Rom hätten?“, antworteten lediglich 9% mit „sehr gut“ (immerhin ein 6%iger Zuwachs zur gleichen Frage im Vergleich zu einer ähnlichen Studie aus dem Jahr 1994); 29% der Befragten wäre eine solche Situation unangenehm, 31% würden es nur schwer hinnehmen, und 31% erachteten es als „völlig inakzeptabel“

„Anders die (seriöse) tschechische Presse und das öffentlich-rechtliche Fernsehen: Zumindest sie versuchen größtenteils, Verständnis und Interesse für die Volksgruppe der Roma innerhalb der tschechischen Bevölkerung zu wecken. Reportagen über Künstler, Musiker oder erfolgreiche Manager aus den Reihen der Roma werden gebracht, Interviews mit Angehörigen dieser Minderheit geführt, und der öffentlich-rechtliche Fernsehsender Česká Televize stellte einen Nachrichtensprecher ein, der der Volksgruppe der Roma angehört und die Nachrichten zur Hauptsendezeit verlas. Auch einzelne Politiker sind hervorzuheben, allen voran der tschechische Präsident Václav Havel, der immer wieder öffentlich für die Roma auftritt, oder die Regierung, die zumindest versucht, Sozialprojekte und Integration zu fördern. Nicht zuletzt soll aber die Volksgruppe der Roma selbst erwähnt werden, deren Vereine und Organisationen immer wieder Kultur- oder Musikfestivals, Ausstellungen und Projekte mit dem Ziel, das Bild dieser Minderheit in der Gesellschaft nachhaltig zu verbessern, veranstalten.“

Martin Niklas, ehemaliger Gedenkdienstleistender

## Das London Jewish Cultural Centre

Das „Spiro Institute for the Study of Jewish History and Culture“ wurde 1978 von Robin Spiro als Erziehungs- und Bildungseinrichtung gegründet, um jüdische Zeitgeschichte für den Schulunterricht aufzubereiten sowie Lehrer im Bereich der Holocaust-Erziehung auszubilden. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit der Arbeit im Erziehungsbereich machte es sich das Spiro Institute in der Folge außerdem zur Aufgabe, Wissen und Verständnis jüdischer Kultur und Lebensart der interessierten Öffentlichkeit näherzubringen. In Zusammenarbeit mit der Hebrew University in Jerusalem wurde damit begonnen, öffentlich zugängliche Vorlesungen abzuhalten. Das Lehrveranstaltungsprogramm wurde im Laufe der ersten Jahre auf verschiedenste Aspekte jüdischen Lebens, Hebräisch und Jiddisch ausgedehnt. Da es in Großbritannien keine unabhängige jüdische Kultureinrichtung gab, die nicht auf eine bestimmte Kunstsparte beschränkt war, kam Ende der 90er Jahre die Idee auf, das Spiro Institute in ein neu zu gründendes jüdisches Kulturzentrum zu integrieren. Im Jahr 2000 konnte dieses Vorhaben schließlich mit der Gründung des „London Jewish Cultural Centre (LJCC) – Incorporating the Work of the Spiro Institute“ umgesetzt werden.

Unter der Gesamtleitung von Trudy Gold, LLB, hat das LJCC neben einem umfangreichen Vorlesungsprogramm seinen Tätigkeitsbereich auf soziale und kulturelle Aktivitäten ausgedehnt:

Es gibt eine Reihe von Klubs und Vereinen, die sich in regelmäßigen Abständen in den Räumlichkeiten des LJCC in Hampstead treffen; zu diesen gehören ein Literatur-, ein Theater-, ein Film- und ein Schachklub, eine Yogagruppe sowie eine Diskussionsgruppe zu aktuellen Themen.

Das London Jewish Cultural Centre hat Kontakte zu einer Reihe von staatlichen und nicht-staatlichen, jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen aufgebaut. In Zusammenarbeit mit Einrichtungen wie dem britischen Außenministerium, der International Task Force on Holocaust Education, Botschaften und Kulturinstituten in London, dem Imperial War Museum, dem Jewish Board of Deputies, dem British Film Institute, dem Anne Frank Haus in Amsterdam, dem Holocaust Institut in Warschau und vielen anderen werden Kulturfestivals, Ausstellungen, Konzerte, Studienfahrten und Seminare angeboten.

Das Holocaust Centre am LJCC, in dem österreichische Gedenkdienstleistende seit 1997 tätig sind, steht seit Beginn des Jahres 2001 unter der Leitung von Stephanie Rose. Ich bin nach Rado Lipus (1997/1998, Betriebswirt aus Kärnten), Nikolaus Spieckermann (1998/1999, Betriebswirt aus Wien) und Manfred Wiesner (1999/2000, Betriebswirt aus Salzburg) bereits der vierte Gedenkdienstleistende am Spiro Institute bzw. LJCC. Im Sommer 2001 geht das „Austrian Gedenkdienst Programme“ mit Bernhard Kopf (2001/2002, Betriebswirt aus Oberösterreich) bereits in sein fünftes Jahr.

Als Hauptaufgabe obliegt den Gedenkdienstleistenden die Koordination des sog. „Holocaust Survivor Programmes“. Das Überlebenden-Programm wird seit ungefähr 10 Jahren betrieben und muß aufgrund der immer größer werdenden Nachfrage ständig ausgebaut werden. Ca. 90 Holocaust-Überlebende, die ursprünglich in ganz Europa zuhause waren und heute in Großbritannien beheimatet sind, haben sich dazu bereit erklärt, im Rahmen dieses Programmes ihre persönlichen Erfahrungen mit dem Holocaust und der Zeit des Nationalsozialismus in Schulen und Universitäten in Vorträgen weiterzugeben. Bisher haben mehr als 200 Schulen und andere Bildungseinrichtungen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, durch Augenzeugenfassung vor. Es umfaßt neben einem Video, das durch Pausen zwischen den einzelnen Beiträgen gut im Unterricht eingesetzt werden kann, ein Lehrerhandbuch, Arbeitstexte für die Schüler, Landkarten, Schautafeln, reproduzierte Originaldokumente sowie Poster. Das Informationspaket wird vom britischen Unterrichtsministerium als Unterstützungsmaterial für den Holocaust-Unterricht empfohlen.

Aufgrund des erfolgreichen Beitrages des Spiro Institutes zur Entwicklung des Holocaust Teaching Packs wurde das LJCC als Nachfolgeorganisation des Spiro Institutes auch in die Erstellung des „Holocaust Memorial Day Education Packs“ anläßlich des ersten offiziellen Holocaust Memorial Days in Großbritannien, am 27. Jänner 2001, eingebunden. In diesem Informationspaket sind außer dem nationalsozialistischen Holocaust unter anderem auch der Völkermord im ehemaligen Jugoslawien und Ruanda erfaßt.

Die vergangenen 12 Monate meines Zivildienstes am London Jewish Cultural Centre waren eine äußerst wertvolle Erfahrung für mich. Aufgrund der vielfältigen Tätigkeitsbereiche des LJCC konnte ich einen umfassenden Einblick in jüdische Geschichte, Kultur und Lebensart gewinnen. Im besonderen die persönlichen Kontakte mit Holocaust-Überlebenden im Zuge des Holocaust Survivor Programmes waren eine unersetzliche Erfahrung für mich. Die ausschließlich positiven Reaktionen und Rückmeldungen, die

ich auf meinen Einsatz als Gedenkdienstleistender von seiten der Holocaust-Überlebenden erhalten habe, bestätigten für mich erneut, wie wichtig und sinnvoll ein Gedenkdienst an einer Holocaust-Einrichtung ist.

Mario Vielgrader, ehemaliger Gedenkdienstleistender am LJCC

## Aufgaben des Gedenkdienstleistenden am LJCC

**Holocaust Survivor Programme:** Betreuung der Holocaust-Überlebenden, Koordination, Organisation und Administration von Survivor-Besuchen an Schulen und Universitäten

**Übersetzungsarbeiten:** Deutsch <-> Englisch

**Planung und Organisation** von kulturellen Veranstaltungen, Konferenzen und Seminaren zum Thema Holocaust in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Kulturinstitut in London und anderen Einrichtungen

**Telefonische Nachforschungen** in Deutschland und Österreich

**Forschungsarbeiten** in der Wiener Library

**Administrative Tätigkeiten**

## London Jewish Cultural Centre - LJCC

**Erwachsenenbildung:** Kurse und Lehrveranstaltungen u.a. zu den Themen Grundzüge jüdischer Geschichte, Jüdische Künstler 1800-1920, Jüdische Zeitgeschichte, Jüdisches Leben unter den Habsburgern, Das Bild des Juden in der westlichen Kunst, Holocaust, Anti-Semitismus und Film, Jüdische Genealogie, Hebräische Kalligraphie, u.v.m.

**Holocaust-Erziehung:** Holocaust Centre, Holocaust Survivor Programme, Lehrerausbildung in Holocaust- und Anti-Rassismus-Erziehung, Lessons of the Holocaust Pack, Holocaust Memorial Day Education Pack, Lehrer- und Schülerkonferenzen

**Kunst und Kultur:** Literatur-, Theater- und Filmclub, Konzerte, Ausstellungen, Kulturfestivals, Studienfahrten, Konferenzen und Seminare in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Kulturinstitut in London und anderen Einrichtungen

**Hebräisch:** Sprachkurse für jeden Kenntnisstand, Sommerintensivkurse, Studienfahrten nach Israel

## Der Holocaust auf den besetzten Territorien der UdSSR

Ein Schulbuch für russische Schulen

Während meines Gedenkdienstes in Moskau 1998/99 hatte ich die Idee, ein Projekt zu initiieren, das sich mit der Erstellung und Herausgabe eines ersten Schulbuches über den Holocaust in russischer Sprache auseinandersetzen sollte. Dabei erschien es von vornherein wichtig, daß dieses Unterrichtsmittel einerseits von russischen Fachleuten erstellt würde und andererseits den Besonderheiten des Holocaust in der UdSSR Rechnung tragen sollte. Die bisherigen, in Rußland verwendeten Schulbücher waren zumeist Übersetzungen aus dem Hebräischen.

Während einer Dienstreise der Präsidentin des Moskauer Holocaustzentrums – Frau Alla Gerber – nach Österreich im Mai 1999, gelang es, einen Kontakt zum Stadtmagistrat Wien (Referat für internationale Beziehungen) herzustellen, der die Finanzierung dieses Projektes dankenswerter Weise übernahm. Am 14. Mai 2001 konnte das Ergebnis dieser erfolgreichen Zusammenarbeit in Moskau im Beisein zahlreicher Gäste aus der russischen Staatsduma, des Bürgermeisteramtes von Moskau, der österreichischen und israelischen Botschaft, sowie internationaler Pressevertreter präsentiert werden. Im Moment wird an einer deutschen Ausgabe für österreichische Schulen, die von mir um zwei Kapitel (Galizien und Bukowina) erweitert wurde, gearbeitet. Bleibt zu hoffen, daß das Bundesministerium für Unterricht die Verteilung an Schulen und den Druck dieses Unterrichtsmittels unterstützt.

Ebenfalls kann ich mit Freude mitteilen, daß es gelungen ist, die erste Übersetzung eines Buches von Simon Wiesenthal in russischer Sprache am Holocaustzentrum herauszubringen. In ‚Die Sonnenblume‘ – eine Erzählung, die im besetzten Lemberg spielt – beschäftigt sich Wiesenthal mit dem Problem von Schuld und Vergebung. Auch dieses Büchlein mit einer von mir verfaßten Kurzbiographie von Simon Wiesenthal sowie einem ausführlichen Kommentar von A. Gerber ist ein Ergebnis der Österreichreise im Mai 1999 und stellt u. a. eine weitere wichtige Anwendungsmöglichkeit für den Unterricht in rußländischen Schulen dar.

(ks)

## Studienfahrt Theresienstadt / Terezín und Lidice

24. bis 27. Oktober

19 Teilnehmer zählte die diesjährige Studienfahrt vom 24. bis 27. Oktober nach Theresienstadt. Wir trafen uns bereits am 23. Oktober abends, um die letzten Details der Studienfahrt zu besprechen.

Es gab einen Vortrag von Stefan Roth vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes über Deportationen aus Wien nach Theresienstadt und über das Projekt „Namentliche Erfassung“.

Am Mittwoch Morgen fahren wir dann mit dem Zug nach Prag, wo wir in den Bus nach Theresienstadt umstiegen. Dort wurden wir am Nachmittag von Florian, einem ehemaligen Gedenkdienstleistenden in Theresienstadt und Mitorganisator der Studienfahrt, durch die große Festung, dem ehemaligen Ghetto, geführt.

Erschreckend dabei war vor allem, daß an diesem Platz, wo so viele Menschen gestorben sind, heute ein ganz normaler Ort existiert. Bereits kurz nach dem Ende des Krieges, sind die Menschen in die Häuser, wo zuvor Tausende Juden zusammengepfercht lebten und unterdrückt wurden, zurückgekehrt. Für mich ist es einfach unvorstellbar, an einem Schauplatz von NS-Verbrechen ein normales Leben zu führen.

Man muss dabei allerdings beachten, daß die tschechische Bevölkerung aus Theresienstadt vertrieben wurde und somit ebenfalls zu den Opfern des Nationalsozialismus zählte. Ihre Rückkehr nach dem Krieg hatte somit auch symbolischen Charakter.

Am folgenden Tag besuchten wir das ehemalige Gestapo Gefängnis Kleine Festung Theresienstadt. An diesem Ort bekämpfte das NS-Regime vor allem Menschen, die dem System aktiv Widerstand entgegensetzten.

Etwas 2500 Menschen starben in der Kleinen Festung.

Am Nachmittag bildeten wir dann Arbeitsgruppen zu Themen, die uns interessierten: Propaganda, Kultur im Ghetto, Kinder im Ghetto und Täter in Theresienstadt. Besonders in Erinnerung bleiben wird uns allen sicher der NS-Propagandafilm „Theresienstadt – Ein Dokumentarfilm aus dem jüdischen Siedlungsgebiet“.

Er ist gemacht wie ein Heimatfilm, der das idyllische Leben im Ghetto präsentiert und verachtet durch seine Lügen das Leiden der Opfer der NS-Zeit. Dieses Leiden wurde uns am Freitag durch die Zeitzeugin Frau Lieblova anschaulich geschildert, die als Kind in Thersienstadt war. Anschließend beantwortete sie bereitwillig die vielen Fragen, die sich uns aufdrängten.

Den Abschluß bildete eine Fahrt nach Lidice, einem Dorf, daß 1942 im Zuge einer Vergeltungsaktion nach einem Attentat auf Reinhard Heydrich dem Erdboden gleichgemacht wurde.

Die gesamte männliche Bevölkerung über 15 Jahre wurde dabei an Ort und Stelle hingerichtet, die Frauen ins KZ geschickt, die Kinder vergast oder – falls sie den rassistischen Vorgaben der Nazis entsprachen – zu deutschen Familien zwecks „Umerziehung“ geschickt.

Die Bedeutung einer solchen Studienfahrt ist meiner Meinung nach sehr hoch einzuschätzen: Die intensive Auseinandersetzung mit der Thematik über mehrer Tage hinweg bewirkt, daß sich das Gehörte und Besprochene ins Gedächtnis einprägen und mehr Eindruck hinterlassen, als z. B. das Lesen einschlägiger Literatur über den Holocaust.

Beeindrucken für mich war auch, daß die Diskussionen auch außerhalb des „offiziellen Programms“ weitergeführt wurden, ein Zeichen dafür, muß alle Teilnehmer mit großem Interesse bei der Sache waren.

Und schlußendlich war es eine einzigartige Gelegenheit, die anderen künftigen Gedenkdienstleistenden kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen und mit ihnen ein paar interessante Tage zu verbringen.

(ckö)

## Telegramm

### Frauen leisten Gedenkdienst

Der Verein Gedenkdienst bietet nun auch die Möglichkeit, den Gedenkdienst als EVS-Freiwilliger zu absolvieren.

Das European Voluntary Service (EVS), ein von der EU-kofinanziertes Jugendaustausch-Programm, wendet sich an 18- bis 25-Jährige, die sich in einem anderen EU-Land für ein Projekt ihres Interesses engagieren und Erfahrungen sammeln möchten.

Heuer bot Gedenkdienst erstmals offiziell drei EVS-Stellen für Frauen und nicht-zivildienstpflichtige Männer an: Das Anne-Frank-Zentrum und Aktion Sühnezeichen in Berlin, und die Anne-Frank-Jugendbegegnungsstätte in Frankfurt am Main.

Im September trat die 18-jährige Katharina Racek, die gerade ihre Matura absolviert hat, ihre einjährige Stelle in Berlin an. Sie wird dort jugendliche Besuchergruppen der Anne-Frank-Ausstellung betreuen und die Wanderausstellung „Anne Frank – Eine Geschichte für heute“ mitkoordinieren.

Die 23-jährige Johanna Moser hat nach drei Jahren ihr Architektur Studium abgebrochen und begab sich nach Frankfurt, um dort ebenfalls für ein Jahr mit Jugendlichen zu arbeiten.

Sie wird mit ihnen Themen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Zivilcourage und Nationalsozialismus bearbeiten.

Nebenbei steht noch Büroarbeit bei beiden auf dem Arbeitsplan.

Vor ihnen haben bereits drei Frauen Gedenkdienst in Israel, Kanada und Litauen geleistet. Sie mussten sich ihren Gedenkdienst finanziell allerdings selbst organisieren.

(ckö)

### Fortschritte bei "Austrian Heritage Collection"

Die Gedenkdienstleistenden am Leo Baeck Institute in New York nehmen im Rahmen des seit 1996 bestehenden Projekts „Austrian Heritage Collection“ Kontakt mit österreichischen EmigrantInnen auf.

Anfängliche Befürchtungen, daß die Terroranschläge negative Auswirkungen auf die Rücklaufquote haben könnten (durch den Umstand, daß das Desaster soviel als unbedeutend erscheinen läßt, als auch dadurch, daß bei einigen Vertriebenen mögliche Traumatisierungen aus der Nazizeit wieder stärker hervorbrechen) scheinen sich nicht bewahrheitet zu haben.

In den letzten Monaten wurden EmigrantInnen der Geburtsjahrgänge 1919 und 1920 in den Bundesstaaten Kalifornien und Florida, 1916 bis 1920 in New Jersey, sowie 1920 in New York angeschrieben.

Mit der Kontaktierung der betreffenden Menschen in diesen vier größten Emigrationsbundesstaaten ist es nun gelungen, die Kontaktierung aller EmigrantInnen des Geburtsjahrganges 1920 und älter in den gesamten Vereinigten Staaten abzuschließen.

(ckö)

### Gegen das Vergessen

Das Institut Theresienstädter Initiative wurde nach der Wende 1989/90 von Überlebenden des KZ Theresienstadt gegründet. Ziel war es, die Geschichte des Ortes Theresienstadt und das Schicksal der Personen die dort inhaftiert waren, zu dokumentieren und somit dem Vergessen entgegenzusteuern das während des Kommunismus Einzug hielt: Ermordeten und Vertriebenen wurde höchstens als „Genossen“ gedacht, die im Kampf für kommunistische Werte gefallen waren, nie jedoch als Juden.

Im Zuge ihrer Arbeit gibt das Institut die „Theresienstädter Studien und Dokumente“ sowie Gedenkbücher heraus. Mit diesen wird neben historischer Forschung versucht, den Opfern des Holocaust einen symbolischen Grabstein zu setzen. Viele von ihnen werden in diesen Werken zum ersten Mal mit ihrem Schicksal erwähnt. Da dabei nicht nur die Ermordeten, sondern auch die Überlebenden erfasst werden und diese Bücher von der Claims Conference als Dokumente anerkannt werden, können Überlebende allein mit ihrem Eintrag zeigen, daß sie Opfer des Holocaust sind und müssen nicht mehr

mühevoll beweisen, daß sie tatsächlich anspruchsberechtigt sind. An diesen Projekten arbeiten zur Zeit etwa zehn Personen, darunter zwei Gedenkdienstleistende.

(ckö)

#### **Ausstellung "Zehn Jahre GEDENKDIENT"**

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Vereins Gedenkdienst entsteht derzeit eine Ausstellung, die auf der nächsten Mai-Tagung erstmals gezeigt werden wird.

Anhand von Bild-Text-Tafeln werden die Geschichte von Gedenkdienst und wichtige Eckdaten der österreichischen Zeitgeschichte in ihrer Beziehung zu Gedenkdienst dokumentiert werden.

Neben einem kurzen Abriß der österreichischen Zeitgeschichte mit einem Schwerpunkt auf den Jahren 1992-2001 soll die Ausstellung eine kurze Übersicht der gesellschaftspolitischen Verhältnisse, die für die Gründung von Gedenkdienst ausschlaggebend waren, bieten.

Politik wird im Kontext der Aktivitäten von Gedenkdienst gezeigt.

Darüber hinaus wird Auskunft über das jährliche Vereinsgeschehen gegeben und werden alle achtzehn Einsatzstellen mithilfe von Projekten vorgestellt, an denen Gedenkdienstler und Gedenkdienst maßgeblich beteiligt waren.

Ergänzt wird die Information durch persönliche Stellungnahmen ehemaliger Gedenkdienstler.

(fhu)